

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
185 · Ausgabe BL·BS · November 2019



Nach den Wahlen – vor den Wahlen

Christian von Wartburg
Sarah Wyss

Désirée Jaun
Miriam Locher

FÜR DIE SP BASEL-STADT WAREN DIE NATIONALEN WAHLEN AUCH EIN AUFTAKT – IN EINEM JAHR FOLGEN DIE KANTONALEN WAHLEN. FÜR DIE SP BASELSTADT LAGEN SIE ZWISCHEN DEN LANDRATS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN VOM LETZTEN FRÜHJAHR UND DEN GEMEINDEWAHLEN IM KOMMENDEN FEBRUAR. GRUND GENUG FÜR DIE BEIDEN PARTEIPRÄSIDENTEN, EINE ZWISCHENBILANZ ZU ZIEHEN UND AUSBLICK ZU HALTEN.

BS: Noch rot-grüner, als man denkt

Ein deutlicher Linksrutsch in Basel-Stadt: Gemeinsam erreicht die linke Listenverbindung 52,4%, im Vergleich zu 44,5% vier Jahre zuvor. Auch dank dem beeindruckenden Riesenengagement von unzähligen SP-Mitgliedern. Das bürgerliche Lager musste empfindliche Einbussen hinnehmen. Tanja Soland schaffte die Wahl in den Regierungsrat souverän im ersten Wahlgang. Die rot-grüne Politik wird von der Bevölkerung im Stadtkanton offensichtlich getragen.

Das verschafft uns eine gute Ausgangslage für die Gesamterneuerungswahlen 2020. Neben der Verteidigung der rot-grünen Regierungsmehrheit liegt auch im Parlament eine Mehrheit in Griffweite. Dafür werden wir uns mit allen Kräften einsetzen. Wir müssen weiter an unserem thematischen Profil arbeiten: beim Wohnen, in der Sozial- und Finanzpolitik und



Pascal Pfister, Grossrat,
Präsident SP Basel-Stadt



Adil Koller, Landrat,
Präsident SP Baselland

bei Klima und Energie. Die guten Wahlergebnisse sind ein Auftrag. Wir müssen weiterhin mit konkreten Massnahmen für die Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen eintreten. Die grosse Mehrheit fährt mit unserer Politik besser. Damit machen wir den Menschen mit mittleren Einkommen ein Angebot, nicht nach unten zu treten, sondern solidarisch und selbstbewusst gegen oben auf ihren Rechten zu bestehen.

BL: Weniger bürgerlich, als man dachte

Auch im Baselbiet haben sich die Gewichte zwischen den politischen Lagern verschoben. Das linksgrüne Lager holte bei den Landratswahlen 38% und ist damit so stark wie noch nie, die SP ist wieder stärkste Baselbieter Partei. Bei den Nationalratswahlen gingen die starken Zugewinne der Grünen nicht auf Kosten der SP, was der grossartigen Mobili-

sierung in unserer Partei durch die vielen AktivistInnen der Basiskampagne zu verdanken ist. Äusserst bitter ist es, dass selbst diese Mobilisierung nicht dazu gereicht hat, Eric Nussbaumer bei der Wahl in den Ständerat in den zweiten Wahlgang zu bringen.

Auch wenn die beiden Blöcke nun etwa gleich stark sind, kommt es in den nächsten Wahlkämpfen nicht nur darauf an, wer die Mitte gewinnen kann. Entscheidend ist es primär, das eigene Lager zu mobilisieren. Das betrifft den zweiten Wahlgang für den Ständerat, wo es nun gilt, den Sitz im linken Lager zu halten. Es trifft aber noch mehr zu auf die Gemeindewahlen, die schon am 9. Februar 2020 anstehen.

Wir wollen mit klaren linken Positionen für bezahlbaren Wohnraum, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für eine konkrete kommunale Klimapolitik und gegen nicht durchdachte Steuerenkungen für Reiche und Unternehmen auftreten, welche den Gemeindefinzen schaden. Neue Mehrheiten auf allen Ebenen ermöglichen uns, endlich wieder zu gestalten – für alle statt für wenige.

ZU DEN KANTONALEN ABSTIMMUNGEN VOM 24. NOVEMBER

NEIN ZUR MASSLOSEN STEUERVORLAGE 17



Die Regierung und die Bürgerlichen haben aus den gemachten Erfahrungen und Abstimmungen nichts gelernt: Die im Landrat beschlossene Steuersenkung ist übertrieben, die sozialen Ausgleichsmassnahmen stehen in keinem Verhältnis dazu. Dem Kanton, den Gemeinden und den Landeskirchen würden jährlich 61 Millionen Franken fehlen! Für einzelne Gemeinden wirken sich die Steuersenkungen katastrophal aus. So entgehen Pratteln von 2020 bis 2024 mehr als 17,5 Mio. Einnahmen, in Allschwil sind es 13,6, in Muttenz 11,5, in Reinach 8,5 Millionen usw. Die Folgen dieser Steuergeschenke an die gut verdienenden Unternehmen sind absehbar. Neue Abbaupakete werden jene treffen, die nichts von den Steuergeschenken haben. Deshalb: Nein zu dieser einseitigen Vorlage. Das Baselbiet hat eine bessere Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III verdient.

JA ZU FAMILIEN-ERGÄNZUNGS-LEISTUNGEN

17 000 Menschen leben im Baselbiet unter dem Existenzminimum. Ihnen droht der Gang zur Sozialhilfe. Die Erfahrungen in den Kantonen Solothurn, Waadt, Genf und Tessin haben gezeigt, dass Ergänzungsleistungen für Familien ein wirksames Mittel zur Armutsbekämpfung sind – insbesondere für Eineltern-Familien. Sie verbessern die finanzielle Lage der Familien und ihre Teilhabe an der Gesellschaft nachhaltig. Denn die Eltern bleiben im Arbeitsmarkt integriert, die psychische Belastung sinkt und damit auch die Gesundheitskosten der Betroffenen. Der Gegenvorschlag will das Anliegen auf die lange Bank schieben. Er ist gar kein Vorschlag, sondern vor allem gegen die Initiative gerichtet.

JA zur Initiative
NEIN zum Gegenvorschlag
Stichfrage: **Initiative**

NEIN ZUM AUSBAU DER LANGMATT-STRASSE

Die Gemeinde Oberwil hat diesen Strassenbau schon mehrmals abgelehnt, das Kantonsprojekt ist eine Zwängerei und viel zu teuer. Die versprochene Verkehrsentslastung wird damit nicht einmal annähernd erreicht.

GESCHÄFTSLEITERIN/PARTEISEKRETÄRIN DER SP BL

Wegen der anstehenden Pensionierung von Ruedi Brassel sind in der SP Baselland per 1. Juni 2020 die Stelle der Geschäftsführung (60 – 90 %) sowie eine 40 %-Stelle im Parteisekretariat zu besetzen. Mehr auf www.sp-bl.ch.

Für Auskünfte stehen Parteipräsident Adil Koller, Tel. 079 222 03 55, oder Parteisekretär Ruedi Brassel, Tel. 061 921 91 71, zur Verfügung. InteressentInnen senden ihre Bewerbungsunterlagen bis am 22. November 2019 in elektronischer Form an die Vizepräsidentin der SP Baselland, Caroline Rietschi: caroline.rietschi@sp-bl.ch.

WEITERE KANTONALE VORLAGEN:

Gegenvorschlag zur Initiative «Niveaugetrennter Unterricht in Promotionsfächern»: **JA**
Umsetzung der Initiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen»: **JA**
Staatsbeitragsgesetz: **JA**

2. Wahlgang Ständerat

KLARE SACHE: MAYA GRAF



Maya Graf



Daniela Schneeberger

JA	Klimaschutz (Gletscher Initiative)	NEIN
NEIN	Erhöhung Rentenalter (67)	JA
JA	Transparente Parteienfinanzierung	NEIN
JA	Verlängerung Gentech-Moratorium	NEIN
JA	Prämienverbilligungs-Initiative	NEIN
JA	Konzernverantwortungs-Initiative	NEIN
JA	4 Wochen Vaterschaftsurlaub	NEIN
NEIN	Liberalisierung Ladenöffnungszeiten	JA
JA	Kündigungsschutz ü50	NEIN
NEIN	Verschärfung Zulassung Zivildienst	JA

Quelle: smartvote.ch

AGENDA SP BL

- Sonntag, 24. November
Abstimmungssonntag
- Mittwoch, 27. November 2019, 19.15 Uhr
Koordinationskonferenz
Markthalle Basel
- Mittwoch, 11. Dezember 2019
Fraktionssessen, Liestal
- Sonntag, 5. Januar 2020, 10 Uhr
Dreikönigstreffen mit Jacqueline Badran
Aula Schulhaus Donnerbaum, Schanzweg 20, Muttenz
- Donnerstag, 9. Januar 2020, 19.30 Uhr
Delegiertenversammlung
Aula Schulhaus Burggarten, Bottmingen

Nicht jedes unerwünschte Verhalten soll mit einer Busse bestraft werden



Thomas Gander,
Fraktionspräsident
und JSSK-Mitglied

Eigentlich gilt in der Schweiz das bundesrechtliche Strafgesetzbuch. In Form der kantonalen Übertretungsstrafgesetze (UeStG) kann es jedoch noch auf weitere Delikte ausgeweitet werden. Die SP Basel-Stadt ist der Meinung, dass das in den letzten Jahren stark ausgeweitete schweizerische Strafgesetzbuch bereits sehr umfassend ist. Nicht jedes unerwünschte Verhalten soll mit einer Busse geahndet werden.

Studien der Verhaltensökonomie zeigen auf, dass Bussen nur Wirkung zeigen, wenn sie durchsetzbar sind, wofür ein massiver polizeilicher Ausbau in Richtung eines Überwachungsstaats notwendig wäre. Dies ist abzulehnen. Es muss in einer freiheitlichen Gesellschaft möglich sein, auf unerwünschtes Verhalten anders als mit Strafrecht zu reagieren. In den letzten Jahren zeigte sich aber die Tendenz, dass die Bestrebungen einer Nulltoleranz-Politik mit Verschärfungen und höheren Bussen unterfüttert werden. Dies mit dem Ziel, eine Gesellschaft zu schaffen, welche die Konformität höher gewichtet als die menschliche Vielfalt.

Linke Politik muss sich der Frage der zunehmenden «Verbotskultur» zur Steuerung gesellschaftlichen Verhaltens kritischer annehmen, und so kämpfte die SP-Fraktion in der Kommission und im Grossen Rat bewusst



für eine weitere Entschlackung im UeStG. Teilweise mit Erfolg. So konnte beispielsweise das generelle Bettelverbot auf Bettelbänden beschränkt und die Nachtruhe neu von 22 Uhr auf 23 Uhr angepasst werden, um den Lebensrealitäten – und auch der Lebensqualität – in unserem Kanton gerechter zu werden. Leider wurde von einer kleinen Gruppe, die mehr Lärm befürchtet, aufgrund eines

einzigsten Gesetzesartikels das Referendum ergriffen. Nun besteht die Gefahr, dass ein modernes und soziales Gesetz von der Bevölkerung abgelehnt wird. Die Folge davon wäre, dass bei vielen Bestimmungen von der bürgerlichen Mehrheit im Basler Parlament wieder die repressivere Version eingesetzt würde. Ein Rückschritt. Das gilt es bei der Volkabstimmung zu verhindern.

«Wir reden mit den Menschen, nicht über sie» – dank eurem Einsatz wurde dieser Slogan nie zur leeren Floskel. Im Sommer gingen wir von Tür zu Tür und haben uns mit Menschen im ganzen Kanton über ihre Bedürfnisse unterhalten. Danach haben wir bei Standaktionen, auf Beizentouren, in den sozialen Medien und natürlich am Telefon mit über 7000 Wähler*innen gesprochen. Immer mit dabei und hoch motiviert waren auch unsere Kandidierenden Eva Herzog, Tanja Soland, Sarah Wyss, Mustafa Atici, Beat Jans und Christian von Wartburg. Eure Beteiligung hat sich ausgezahlt: Wir haben weiterhin drei linke Sitze im Nationalrat. Eva Herzog vertritt Basel-Stadt im Ständerat und wir führen mit Tanja



Soland die erfolgreiche rot-grüne Politik im Regierungsrat weiter. Wir danken allen Beteiligten sehr herzlich für das überwältigende Engagement in diesem Wahlkampf und freuen uns bereits auf den Grossratswahlkampf mit euch im 2020.

Kerstin Wenk, Wahlkampfleiterin 2019

AGENDA SP BS

- Montag, 25. November 2019, 20 Uhr
Delegiertenversammlung
Volkshaus Basel, Unionssaal
- Donnerstag, 12. Dezember 2019, 20 Uhr
Reserve-Delegiertenversammlung
Volkshaus Basel, Unionssaal

AUS DEM GROSSEN RAT

Menschen mit Behinderungen erhalten in Basel mehr Rechte

DER GROSSE RAT HAT IM SEPTEMBER DAS SCHWEIZWEIT ERSTE KANTONALE BEHINDERTENRECHTEGESETZ EINSTIMMIG VERABSCHIEDET. DAS GESETZ IST DURCH EINE MOTION AUS DER SP-FRAKTION AUSGELÖST UND NUN ALS GEGENVORSCHLAG ZUR BEHINDERTENGLEICHSTELLUNGSINITIATIVE BESCHLOSSEN WORDEN. DIE ANLIEGEN VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG HABEN NUN ENDLICH AUCH IN KANTONALEN AUFGABENBEREICHEN EINE GESETZLICHE GRUNDLAGE.

Die Schweiz hat 2014 die UNO-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Die neue Bundesverfassung verlangt seit 2000 auch von den Kantonen, Rechtsgrundlagen für die Anliegen von Menschen mit Behinderungen zu schaffen.

Mit dem nun verabschiedeten Rahmengesetz erfüllt der Kanton den Gesetzgebungsauftrag aus der Bundesverfassung (Artikel 8 BV), hat als erster Kanton in der Schweiz seine Hausaufgaben gemacht und entspricht somit den Grundforderungen der UNO-Behindertenrechtskonvention – ein äusserst erfreulicher Fortschritt.

Selbstbestimmung, Autonomie und Nachteilsausgleich

Die Unterschiedlichkeit der Behinderungen schafft eine grosse Vielfalt an Anliegen, die einzeln nicht festgeschrieben werden können. Aus diesem Grund hat die Regierung den Gegenvorschlag als Rahmengesetz vorgeschlagen. Das neue Gesetz gibt Behinderten nicht einfach mehr Rechte. Vielmehr schafft es einen Ausgleich der Nachteile, die sie auf Grund ihrer Behinderung im Alltag haben. Behinderte erhalten so die Möglichkeit, wie andere am sozialen öffentlichen Leben teilzuhaben und selbstbestimmter zu leben.



Sarah Wyss, GSK Präsidentin



Georg Mattmüller, Grossrat

Kompromiss führt zum Rückzug

Sowohl die Behindertengleichstellungsinitiative als auch der Gegenvorschlag der Regierung orientieren sich an der wirtschaftlichen Zumutbarkeit (Verhältnismässigkeit). Weder die Initiative noch der Gesetzesentwurf stellen Maximalforderungen auf, was ermöglichte, in der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates einen Kompromiss zu finden, der zwar von den Wirtschaftsverbänden in Frage gestellt, aber selbst von den bürgerlichen Parteien in guten Teilen unterstützt wurde. Die Initianten haben das Volksbegehren zurückgezogen, womit das Gesetz in Kraft treten kann.

AUS DEM LANDRAT

Euro Airport – Segen und Fluch

Wer in den letzten Jahren regelmässig die Debatten im Landrat verfolgte, stellte immer wieder fest, wie intensiv das Thema «Flughafen» debattiert wird. Wie ist das zu erklären?

Seit die Basler Bevölkerung im Jahr 1976 die Pistenverlängerung angenommen hat – unter der Bedingung, dass nur sehr wenige Überflüge über das dicht besiedelte Gebiet der Stadt stattfinden –, ist der Flugbetrieb stetig gewachsen. Damit erhöhten sich auch die Lärmwerte in den umliegenden Gebieten – im Leimental und nördlich des Flughafens in Frankreich.

Mit dem Aufstieg von Easy Jet erfolgte dann eine massive «Bewirtschaftung» der Randstunden morgens früh und abends spät. Dies wiederum verminderte, trotz neuerer Flugzeuge, die Lebensqualität der betroffenen Bevölkerung enorm.

Mit mehreren politischen Vorstös-



Andreas Bammatter ist Landrat und lebt in Allschwil

sen wurde die Regierung vom Landrat angehalten, sich für die lärmgeplagte Bevölkerung – wir reden hier von ca. 40 000 Menschen im Kanton Basel-Landschaft – einzusetzen. Dabei ging es um mehr Mitspracherecht – auch der lärmbeeinträchtigten BürgerInnen – im Verwaltungsrat des Flughafens. Verlangt wurde ausserdem die Überprüfung der Start- und Landrouten und vor allem die Einrichtung der Nachtflugsperre von 23–6 Uhr, analog zum Flughafen Zürich.

Wiederholt haben auch die trinationalen Anrainerverbände zum Schutz der Bevölkerung gemeinsam Resolutionen verabschiedet. Allschwil und die Nachbargemeinden haben die Regierung mit einer von 7000 Menschen unterschriebenen Petition ebenfalls aufgefordert, endlich zielführende Massnahmen einzuleiten. Leider gewichtet der Regierungsrat den Expansionskurs

des Flughafens höher als die Lebensqualität der BewohnerInnen. Das zeigt sich in seiner Zustimmung zu den Zielen der soeben gegründeten «Alliance Globale». Diese Allianz aus den Wirtschaftsverbänden der Region will einen leistungsstarken Flughafen mit einer Steigerung der Passagierzahlen von 8,5 Mio. (2018) auf 13 Mio. (2030).

Die fehlende Bereitschaft, auf die Anliegen der Bevölkerung einzugehen, wird den Konflikt verschärfen. Dabei wünschen sich viele Kritiker des Fluglärms ja einfach eine angemessene Nachtruhe, sind aber nicht grundsätzlich gegen den Flughafen. Zunehmend werden nun Stimmen lauter, welche eine Besetzung der Piste fordern und/oder den Kanton Basel-Stadt auffordern, den Lärm und Dreck selber zu übernehmen.

Wir haben noch Arbeit im Landrat!